



Freie und Hansestadt Hamburg
 Bezirksamt Hamburg-Mitte
 Bezirksversammlung

Antrag öffentlich	Drucksachen-Nr.: 21-4931 Datum: 17.01.2019
--------------------------	--

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Bezirksversammlung Hamburg-Mitte	24.01.2019

Schulcampus am Lohsepark (Antrag der CDU-Fraktion)

Sachverhalt:

Seit Mitte des letzten Jahres schwillt der Konflikt zwischen dem Senat und der Initiative um den Schulcampus am Lohsepark in der Hafencity. Das größte Schulbauprojekt in Hamburg mit Stadtteilschule und Gymnasium und einem Investitionsvolumen in Höhe von 29 Millionen Euro spaltet die beteiligten Akteure. Der Senat verfolgt gemeinsam mit der Schulbehörde und der Hafencity GmbH das Ziel, einen Teil des 4.000 m² großen Schulhofs auf das Dach der Schule zu verlagern. Hintergrund der Planungen ist das Vorhaben, auf den dadurch freiwerdenden Flächen, Wohnungsbau zu realisieren. Dadurch halbiert sich die ursprünglich geplante Schulhoffläche. Nach dem bestehenden Bebauungsplanentwurf ist das Baufeld 77 allerdings in Gänze für den Schulbau und nicht für Wohnungsbau reserviert. Viele Anwohner, Eltern sowie eine Initiative sprechen sich für die Umsetzung des ursprünglich geplanten ebenerdigen Schulhofes aus und betrachten die Teilverlegung auf das Dach der Schule als kritisch. Nicht zuletzt wird angemerkt, dass die angedachte Wohnbebauung die freie Sicht auf den Gedenkort denk.mal des Hannoverischen Bahnhofs versperrt. Die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte hat sich im Zusammenhang mit dem Erhalt der Katholischen Schule St. Marien für eine Festsetzung der schulischen Nutzung im entsprechenden B-Plan ausgesprochen. Vor kurzem hat der Senat einen ähnlichen Beschluss für die weiteren Katholischen Schulen gefasst.

Petition/Beschluss:

Dies vorausgeschickt beschließt die Bezirksversammlung:

1. Die Teilung und Verlagerung der Schulhoffläche auf das Dach der Schule zum Zweck der Realisierung von Wohnungsbau im Baufeld 77 wird abgelehnt. Zudem wird an der im Bebauungsplanentwurf festgelegten Schulnutzung für das Baufeld festgehalten.
2. Der Bezirksamtsleiter wird gebeten, sich beim Senat und den zuständigen Fachbehörden dafür einzusetzen, dass die berechtigten Bedenken der Anwohner, Eltern und der Initiative berücksichtigt werden. Um dies zu gewährleisten, ist insbesondere die Initiative kontinuierlich über den Stand der Planungen zu informieren.